Ausgabe Nr. 53, September 2025

AWG Thurgau

memo

Zeitschrift der Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Gesellschaft

«Der Staat ist keine Super-Nanny»

STAND DER DINGE | AWG-Präsident Patrick Siegenthaler zur aktuellen Befindlichkeit des Thurgaus

Wie geht es dem Thurgau? Ist die Stimmung besser als die Lage?

PATRICK SIEGENTHALER: Leider nein. Zuweilen malt unsere Regierung ein derart düsteres Bild, dass ich befürchte, nur noch wenige Meter vor dem Abgrund zu stehen. Dabei können wir aus eigener Kraft durchaus etwas bewerkstelligen.

Womit?

Etwa dadurch, dass wir uns fragen, welches die staatlichen Aufgaben sind und welches nicht. Und die Finger konsequent von jenen Dingen lassen, die von der Zivilgesellschaft oder der Wirtschaft effizienter erledigt werden können. Der Staat ist keine «Super-Nanny».

Was kann der Kanton von der Wirtschaft lernen?

Der Staat kann viel von der Wirtschaft lernen. Zum Beispiel gehe ich in meinem Unternehmen mit dem Geld so um, als ob es mein eigenes wäre. Ich kann nicht beliebig Personal einstellen und dann schauen, woher die zusätzlichen Erträge kommen. Sie kommen nur von dort, wo ich Wachstum habe.

Was muss der Staat leisten, und wovon sollte er seine Finger lassen?

Der Staat muss das leisten, was die Bürger bei ihm «bestellt» haben: gesunde Finanzen, eine funktionierende Infrastruktur für Verkehr und Energie, vernünftige Rahmenbedingungen durch angemessene Steuern, gute Bildungsstätten, ein ausgewogenes Sozialwesen oder die Garantie für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger im öffentlichen Raum.

Andrerseits stellt sich in der Tat die Frage, wie weit es die Aufgabe des Staates ist, den Tourismus zu fördern oder wie weit er sich in staatliche oder staatsnahe Unternehmen – etwa im Energiebereich oder der Forstwirtschaft – einmischen soll.

FRISCHER WIND AN DER AWG-SPITZE | Patrick Siegenthaler (verheiratet, drei Kinder), geboren 1980, wuchs auf dem Seerücken in Herdern auf. Nach seiner kaufmännischen Ausbildung mit Berufsmaturität bei «sia Abrasives» in Frauenfeld sammelte er berufliche Erfahrungen bei der Internetagentur «Unic», den SBB, Stadtwerk Winterthur sowie beim FinTech-Unternehmen «Qumram». Anschliessend wechselte er zur «CM Informatik AG», wo er heute als Mitglied der Geschäftsleitung den Bereich «Bildung» verantwortet und zugleich als stellvertretender Geschäftsführer tätig ist. Seit Herbst 2022 wirkt er als Kantonsrat der Mitte im Grossen Rat des Kantons Thurgau mit.

Sparen ist seit Jahren ein Gebot der Stunde. Gibt es dabei Tabu-Bereiche?

Nein. Es gibt aber für jedes staatliche Handeln gesetzliche Vorgaben. Woher die Mittel kommen und wohin sie fliessen, legt nicht primär die Verwaltung, sondern der Grosse Rat fest. Ob es dem Kanton gut oder schlecht geht, bestimmt das Parlament. Im Moment geht es eher nicht so gut.

Überhaupt nicht angetastet wird der grösste Ausgabenposten im Staatshaushalt – die Bildung. Also doch ein Tabu?

Nein, obschon die Entwicklung der Bildungskosten gigantisch ist. Ehrlicherweise hängt die Höhe der Ausgaben für unser Bildungssystem vor allem mit den föderalen Strukturen und dabei besonders mit den zahlreichen kleinen Schulgemeinden zusammen. Da haben wir ein strukturelles Problem. Das weiss ich als langjähriger Schulpräsident. Und bin nach wie vor überzeugt, dass alles, was wir in die Kinder

Fortsetzung Seite 3

Stabswechsel an der AWG-Spitze

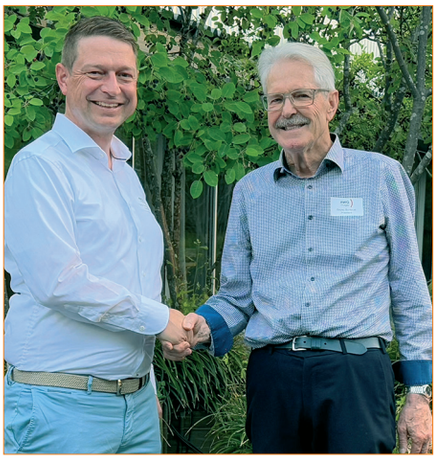
Bei der 34. Jahresversammlung der AWG Thurgau – der Vereinigung selbständiger Unternehmer und Kader aus Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen sowie Freiberufliche – gibt es einen Wechsel an der Spitze. Neuer Präsident ist Patrick Siegenthaler, der abtretende Bruno Schlauri wurde zum Ehrenpräsidenten gewählt.

Andreas Anderegg

Die Wahl von Patrick Siegenthaler als Nachfolger für Bruno Schlauri war unbestritten. Er wurde von den rund zwei Dutzend AWG-Mitgliedern im Aufenthaltsraum der Gastgeberin Sky-Frame, der Herstellerin für Schiebefenster und Türen, einstimmig gewählt.

Bruno Schlauri zum Ehrenpräsidenten gewählt

Patrick Siegenthaler würdigte den Einsatz seines Vorgängers in dessen 12 Amtsjahren mit lobenden Worten und beantragte, ihn zum Ehrenpräsidenten zu wählen,



Bruno Schlauri (r.) gratuliert seinem Nachfolger Patrick Siegenthaler zur Wahl.

was ebenso klar erfolgte. «Ich bin erschlagen und freue mich riesig», kommentierte Bruno Schlauri seine glanzvolle Wahl. Schlauri folgt als Ehrenpräsident seinem Vorgänger und AWG-Gründungspräsidenten Hans von Wyl. Die restlichen Vorstandsmitglieder – Ruth Fleisch-Silvestri, Peter Bühler, Stephan Häuselmann, Brigitte Kisters, Hans Feuz, Christoph Regli und Beda Stähelin – wurden im Amt bestätigt.

Keine hohen Wellen warfen die weiteren statutarischen Geschäfte. Sowohl der Jahresbericht des abtretenden Präsidenten Bruno Schlauri wie auch die Jahresrechnung und der unveränderte Jahresbeitrag von 50 Franken wurden klar genehmigt.

Fenster von Weltformat aus Frauenfeld

Im Anschluss an die Versammlung folgte eine Besichtigung der Gastgeberin der Versammlung, der Sky-Frame. Die von Beat Guhl gegründete Unternehmung produziert rahmenlose Schiebefenster, die eine aussergewöhnliche Architektur und dank schwellenlosem Übergang ein grenzenloses Raumerlebnis mit spektakulärem Weitblick ermöglichen. Das Unternehmen hat ihre Wurzeln in Ellikon an der Thur, wo 1993 die R&G Metallbau AG gegründet worden war. 2015 ging daraus die Sky-Frame AG hervor, die aktuell über 150 Mitarbeitende beschäftigt. Heute ist Sky-Frame die international führende Anbieterin von Schiebefenstersystemen und führt Niederlassungen in London, Los Angeles, Mailand und Wien.

AWG-Parolen für die Abstimmungen vom 28. September

JA

Thurgau: Totalrevison des Ruhetaggesetzes (Lockerung des Veranstaltungsverbotes an hohen Festtagen)

Das Verbot von nicht-religiösen Veranstaltungen an den hohen Feiertagen soll moderat gelockert werden, dass kulturelle und sportliche Veranstaltungen erlaubt sind, wenn sie in geschlossenen Innenräumen stattfinden und daran nicht mehr als 500 Personen gleichzeitig teilnehmen. Damit sollen kleinere Kultur- und Sportveranstaltungen in Innenräumen auch an hohen Feiertagen möglich sein, während Grossveranstaltungen nur möglich sein sollen, wenn sie einen religiösen Hintergrund haben. Der Grosse Rat verabschiedete am 5. Februar 2025 das total revidierte Ruhetagsgesetz mit 68 zu 43 Stimmen. Dagegen ergriff der Grosse Rat das Behördenreferendum, womit es der Volksabstimmung unterliegt.

JA

Bundesgesetz über den elektronischen Identitätsnachweis und andere elektronische Nachweise (E-ID-Gesetz)

Bundesrat und Parlament wollen, dass sich Personen einfach und sicher elektronisch ausweisen können. Das neue Gesetz schafft die Grundlage für einen staatlichen elektronischen Identität Nachweis. Die-E-ID ist wichtig, damit die Schweiz mit der Digitalisierung Schritt halten kann.

JA

Bundesbeschluss über die kantonalen Liegenschaftssteuern auf Zweitliegenschaften

Die Abschaffung der Eigenmietwertbesteuerung vereinfacht das Steuersystem und reduziert die Anreize zu privaten Verschuldung. Die besondere Liegenschaftensteuer ermöglicht es den betroffenen Kantonen, ihre Steuereinnahmen auf Zweitliegenschaften zu sichern.

Die Thurgauer Stimmberechtigten haben am 18. Mai Jahres bereits die Abschaffung der kantonalen Liegenschaftensteuern mit einem Ja Stimmenanteil von 69 % angenommen. Auch zu dieser Vorlage hatte die AWG Thurgau die Ja Parole beschlossen.

Eidg. Abstimmungsvorlage vom 30. November

NEIN

Volksinitiaive «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert»

Die als «Initiative für eine Zukunft» etikettierte Vorlage will unter dem Deckmantel der Umweltpolitik eine Erbschaftssteuer einführen. Die letzte Vorlage dieses Inhalts wurde mit 71 % Nein-Stimmen abgelehnt.

Trumps Zölle und der Thurgau

Seit dem 7. August unterliegen Schweizer Ausfuhren in die USA einem Zollsatz von 39 Prozent. Direktor Jérôme Müggler von der Industrie- und Handelskammer Thurgau in Weinfelden bedauert die Situation.

Andreas Anderegg

Trotz langer Verhandlungen mit der Schweiz hat die US-Regierung per 7. August auf Schweizer Güter einen Basiszollsatz im Umfang von 39 Prozent eingeführt. Jérôme Müggler, Direktor der Industrie- und Handelskammer Thurgau, war erstaunt: «Ich hatte wie viele andere auch bis zum Schluss gehofft, dass die Intervention des Bundesrats in den USA zu erheblich tieferen Zöllen führt. Dass das nicht gelungen ist, war enttäuschend. Offensichtlich haben Besprechungen mit der US-Verwaltung kein Gewicht, wenn der Präsident entscheidet.»

WAREN FÜR 274 MIO. FRANKEN GELIEFERT

Im letzten Jahr wurden aus dem Thurgau insgesamt für 274 Mio. Franken Waren in die USA geliefert, das sind 7 Prozent des Thurgauer Exports. Die USA sind nach Deutschland, dem mit grossem Abstand wichtigsten Markt, die zweitwichtigste Abnehmerin. Wohl sehen diese 7 Prozent auf den ersten Blick nach nicht viel aus, allerdings sind es klassische Produktionsbetriebe mit vielen Arbeitsplätzen, die von den höheren Zöllen betroffen sind. Vorab im Bereich Maschinenbau, Metallerzeugnisse, Elektronische Ausrüstung sowie Futter- und Nahrungsmittel. Auf die ganze Ostschweiz betrachtet liegt der Exportanteil in die USA gar bei 15 Prozent.

Jérôme Müggler, Direktor der Industrie- und Handelskammer Thurgau.

Aktuell unterstützt die Industrie- und Handelskammer Thurgau die von diesen hohen Zöllen betroffenen Unternehmungen primär mit schnellen Informationsflüssen auf allen Ebenen. Auch der Staat ist früh aktiv geworden. So können Unternehmungen, die durch die neuen US-Zölle Aufträge verlieren, Kurzarbeitsentschädigung beantragen. Zudem wurde die Bezugsdauer für die Kurzarbeitsentschädigung verlängert.

MEHR ZÖLLE SOLLEN MEHR ARBEITSPLÄTZE SCHAFFEN

Zölle hat es schon immer gegeben, die sind kein Novum. Neu ist nun aber der Plan von US-Präsident Donald Trump, mit massiv höheren Zöllen neue Arbeitsplätze in die USA zu holen. Denn Firmen sollen durch die hohen Zölle dazu bewogen werden, ihre Produktion in die USA zu verlegen. Jérôme Müggler: «Das dürfte nur bedingt gelingen, weil es in den USA an qualifizierten Berufsfachleuten fehlt, wie wir sie in der Schweiz und Europa haben.»

Gleichzeitig hält es Jérôme Müggler für möglich, dass die Schweizer Wirtschaft den Handel mit China, Indien oder den Mercosur-Staaten ausbauen wird. ■

«Der Staat ist keine Super-Nanny»

Schluss von Seite 1

investieren, dem Bildungserfolg und nicht der Grösse der Verwaltung dienen soll.

Auch bei der Berufsbildung ...

Ja, und es ist schade, dass wir die Berufsbildung versus Matura diskutieren. Weite Teile unserer Gesellschaft vertreten nach wie vor die Auffassung, dass eine gymnasiale Bildung besser und wichtiger sei als die Berufsbildung. Das finde ich grundfalsch. Ich spreche hier aus persönlicher Erfahrung. Ich machte eine kaufmännische Lehre, dann die Berufsmatura und schliesslich ein Studium an der Fachhochschule im Bereich Wirtschaftsinformatik. Bis zum heutigen Tag kann ich alles, was ich erlernt habe, direkt anwenden. Ich bin überzeugt davon, dass in Zukunft gut ausgebildete Berufsleute ebenso wichtig und erfolgreich sein werden wie die ausschliesslich akademisch gebildeten Menschen. Zumal in Zeiten, wo wir bereits Mühe damit haben, einen Heizungs- oder Sanitärinstallateur zu finden.

Zurück zum Thurgau und der Frage, wie kleinteilig ein Kanton sein darf, um trotzdem zu funktionieren.

Das ist in der Tat ein wichtiges Thema. Es wurde ja unlängst von der Thurgauer FDP aufgegriffen. Sie will, dass wir diese kleinräumigen Strukturen durchgreifend prüfen und Fragen, was zusammengelegt werden kann, ohne das die Dienstleistungen für den Bürger darunter leiden. Diesen Vorstoss kann ich nur unterstützen. Er mündet in die Frage, wie es gelingen kann, bestimmte Königreiche aufzubrechen.

Nur schon an unserem lokalen Beispiel, wo wir versucht haben, in Herdern-Dettighofen, Hüttwilen, Nussbaumen, Uesslingen-Buch und Warth-Weiningen die Volksschulgemeinden zusammenzuschliessen, zeigte sich, wie schwierig es wird, denn letztlich geht es in den meisten Fällen vor allem um das liebe Geld.

Um das liebe Geld geht es auch beim Kanton, wir stehen an der Schwelle zur nächsten grossen Sparübung beim Staatshaushalt. Welche Eckpunkte sind dabei für die AWG besonders wichtig?

Für die AWG bleibt wichtig, dass wir nicht nur die Ausgaben, sondern vor allem die Aufgaben ins Visier nehmen und prüfen, ob sie im Interesse der Bevölkerung oder nur den selbstauferlegten Vorstellungen der Verwaltung entsprechen. Vor diesem Hintergrund bin ich zuversichtlich, dass wir den Rank finden werden. Und wenn wir die allseits vorgetragene Bescheidenheit gegen mehr Selbstbewusstsein eintauschen, kann vieles gelingen. Armin Menzi

Zwischen «Gruss-Onkel» und «Rats-Manager»

GROSSER RAT | Peter Bühler blickt auf sein Jahr als höchster Thurgauer zurück

Würde ist Bürde. Beschert aber auch Komplimente – zuweilen aus unerwarteter Ecke: Christian Kamm, inzwischen in Rente gegangener Redaktor der Thurgauer Zeitung, lobte das Geschick und die unaufgeregte Art der Ratsführung von Peter Bühler mit der Bemerkung «eigentlich sollte er zur Wiederwahl als Ratspräsident vorgeschlagen werden».

Genau genommen wird ein Ratspräsident nicht nur für ein, sondern zwei Jahre aus seiner gewohnten Umgebung gerissen. Ein Jahr als Vizepräsident mit der gleichen Anzahl Sitzungen samt diverser Stellvertretungen für den Chef auf dem Böckli und im Anschluss daran die zwölf Monate als höchster Thurgauer. In Zahlen: Im Präsidialjahr prangten 78 Sitzungstermine in der Agenda von Peter Bühler, dazu gesellten sich weitere 126 Repräsentationstermine querbeet durch die Lande. «Für den Ratsbetrieb wird man von der Staatskanzlei und dem Parlamentsdienst zwar kraftvoll unterstützt. Doch bei den Über-Land-Auftritten

Zwei AWG-Mitglieder an der Spitze: Grossratspräsident Peter Bühler (li.) und Regierungspräsident Walter Schönholzer

macht man alles selber – von den An- und Abmeldungen über das Redenschreiben und die Fahrten bis hin zu den jeweiligen Einsatzorten, was pro Anlass zwischen drei und fünf Stunden Aufwand bedeutet», erzählt er. Die Spannweite der Publikumsaufmärsche reicht dabei von einem Dutzend bis zu 500 Personen und die geografische Ausdehnung bis ins benachbarte Ausland.

Licht und Schatten

Mindestens zwei Ereignisse prägten die Arbeit Bühlers: Zuerst der unerwartete Hinschied der überaus beliebten, kernigen und starken Persönlichkeit, von Regierungsrätin Sonja Wiesmann. Dies hinterliess einen ganzen Kanton in Trauer. Und forderte vom Ratspräsidenten das nötige Fingerspitzengefühl in schweren Momenten. Weniger subtil sollte die Budgetsitzung im Dezember 2024 in Szene gehen. Bühler verfügte eine Redezeitbeschränkung für ausufernde Wortmelder und zog bisweilen den Zorn jener Zeitgenossen auf sich, die sich in ihrer Redefreiheit eingeschränkt fühlten. Trotz ausgedünnter Voten zog sich die Sitzung bis in die späten Abendstunden hin.

Als «durchaus gewöhnungsbedürftig» empfand Bühler auch die permanente Beobachtung durch die Medien, «die meistens darauf lauerten, dass man ins Fettnäpfchen tritt. Das war gar nicht so einfach, zumal sich zwischen dem Parlament und der Regierung die Stimmung phasenweise anspannte. Da musste ich zuweilen selber Orchesterieren, ohne gleich selber Partei zu sein», erinnert sich Peter Bühler. ■

GROSSER RAT | der aktuelle Vorstoss

Neue KVA lässt Köpfe rauchen

Droht dem Thurgau ein Kehricht-Debakel? Wenn man den Zürcher Journalisten von «inside Paradeplatz» glauben darf, zeichnet sich für den geplanten Neubau der Kehrichtverbrennungsanlage Weinfelden Ungemach ab. Mit der soeben eingereichten Einfachen Anfrage «Welche Risiken kommen auf den Kanton mit dem Neubau der Ersatz KVA in Weinfelden zu?» wollen Patrick Siegenthaler von der Mitte/AWG und der ehemalige Frauenfeld Stadtrat und Energievorsteher Fabrizio Hugentobler (FDP.Die Liberalen) von der Regierung Auskunft über den Stand der Arbeiten und die für den Kanton und die Zweckgemeinden allenfalls entstehenden Risiken des mindestens 500 Millionen Franken schweren Projektes wissen.

Nachdem die ausserkantonalen Medien Zweifel an der Kompetenz der Thurgauer Projektverantwortlichen hegen und dabei besonders den Verdacht auf mangelnde Transparenz und klammheimliche Vetternwirtschaft äussern, soll der Vorstoss Licht ins Dunkel des Grossprojektes bringen. Namentlich die Frage, wer in der Geschäftsleitung, dem Verwaltungsrat oder seitens der Eigentümerschaft das Know-how und die Erfahrung besässe, um das Projekt wirtschaftlich und technisch führen zu können, dürfte für rauchende Köpfe sorgen. **AM.**

IMPRESSUM

AWG-Memo
Zeitschrift für das Wirtschaftsforum der Mitte Thurgau
Ausgabe 53, September 2025

Redaktionelle Verantwortung & Adresse:
Patrick Siegenthaler
Steckbornerstrasse 28a
8535 Herdern

Mobil: 079 367 34 19
Web: https://www.awg-tg.ch

Redaktion und Produktion:
Armin Menzi, Frauenfeld

Druck: Hannemann Media AG, Amriswil

Vorstand der AWG Thurgau

Patrick Siegenthaler, Präsident
Stephan Häuselmann, Kassier
Brigitte Kisters, Aktuarin
Christoph Regli
Dr. Ruth Fleisch-Silvestri
Peter Bühler
Hans Feuz
Dr. iur. Beda Stähelin